

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Einleitung

Ebenso wie das Gebot „du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ sagen. Diese Wirtschaft tötet.“

(aus dem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ (2013), Nr. 53)

Wir lesen diese Aussage nicht – wie andere, wenig wohlmeinende Kommentatoren – als Absage an eine freie Marktwirtschaft. Wohl aber als Kritik an einem teuflischen Kreislauf, in dem wirtschaftlicher Reichtum wirtschaftliche und auch politische Macht zur Folge hat, mit deren Hilfe Konkurrenz behindert und die Schwachen unterdrückt werden, um weiteren Reichtum zu erzeugen.

Bei ewa3 beschäftigen wir uns gegenwärtig schwerpunktmäßig mit Afrika, unserem Nachbarkontinent und Ausgangspunkt für zahlreiche Migranten, die in Europa als Wirtschaftsflüchtlinge wahrgenommen werden. Zwischen den Ländern Afrikas und uns gibt es nicht nur ein Wohlstands- sondern auch ein Machtgefälle, und wir möchten Sie bitten, an folgenden fünf Beispielen darzulegen, was Sie nach gewonnener Wahl in der deutschen Politik ändern werden, um das Unrecht zu vermindern, welches dieses Machtgefälle nach sich zieht.

Landwirtschaft und Freihandel

Gerade in der Landwirtschaft - und ähnlich in Fischerei und Forstwirtschaft - führt Freihandel bei ungleichen Startchancen nach allen Erfahrungen zu wenigen Gewinnern, aber zu vielen Verlierern. Für die Bäuerinnen und Bauern in Afrika beispielsweise ist die EU-Agrarwirtschaft ein von milliardenschweren Subventionen unterstützter übermächtiger Konkurrent, der ihre Märkte mit Billigprodukten überschwemmt und ihnen die Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse und die wirtschaftliche Weiterentwicklung erheblich erschwert.

Dessen ungeachtet setzt die EU gegen erheblichen Widerstand regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten in West-, Ost- und dem Südlichen Afrika durch, die eine Marktöffnung beinhalten. Auch Misereor bittet in seiner diesjährigen Fastenaktion den Bundestag dem EPA mit Westafrika nicht zuzustimmen, weil es die indigene Milchwirtschaft in ihrer Existenz bedroht.

Halten Sie die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen EU und Afrika (EPAs) in der aktuellen Situation für das richtige Mittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Afrika und zu effektiven Bekämpfung der Fluchtursachen dort?

Wie bewerten Sie die EPAs vor dem Hintergrund der „nachhaltigen Entwicklungsziele“ der Vereinten Nationen, die bis zum Jahr 2030 verwirklicht werden sollen und zu denen sich auch Deutschland verpflichtet hat?

Ressourcenreichtum und -ausverkauf, Verstöße gegen Menschenrechte und Umweltauflagen

Der Zugriff großer internationaler – und auch deutscher – Konzerne auf die natürlichen Ressourcen des globalen Südens, sei es auf Land für riesige Soja-, Zucker- und Palmölplantagen, sei es auf Fisch, Kakao, Kaffee, Baumwolle und Tropenhölzer oder auf Erdöl, Erdgas, Uran und Steinkohle, auf Bauxit, Eisenerz, Kupfer, Coltan oder Mangan, ist oft und immer wieder mit massiven Umweltverschmutzungen und -zerstörungen, mit schwersten Gesundheitsgefährdungen und mit Menschenrechtsverletzungen der einheimischen Bevölkerung verbunden. Unzähligen, denen so die Lebensgrundlagen entzogen werden, bleibt häufig nichts anderes als Emigration.

Wiewohl die Bundesregierung im Dezember 2016 den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) verabschiedet hat, weist Misereor darauf hin, dass für deutsche Unternehmen im Ausland menschenrechtliche Sorgfaltspflichten nur eine unverbindliche Empfehlung sind.

Was werden Sie tun, um die deutsche Bevölkerung über diese Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge aufzuklären und einen Einstellungswandel in Richtung von weltweiter Solidarität und Nachhaltigkeit zu bewirken?

Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, damit deutsche Unternehmen die Konsequenzen ihres Auslandsgeschäfts für die Menschenrechte der dortigen Bevölkerung berücksichtigen?

Welche Schritte werden Sie unternehmen, damit die Rohstoffexporterlöse der Länder des globalen Südens vermehrt in die wirtschaftliche Entwicklung und die Armutsbekämpfung fließen?

Korruption, Kapitalflucht und Geldwäsche

Eng verflochten mit dem Thema Ressourcenausverkauf sind Korruption, Kapitalflucht und Geldwäsche. Häufig werden Förderrechte für Erdölfelder und Bergbaukonzessionen unter strikter Geheimhaltung, weitgehender Steuerbefreiung und umfangreicher Gewinnbeteiligung der herrschenden Eliten an internationale Rohstoffkonzerne verschleudert. Seit dem Frühjahr 2016 zeigen die Panama Papers ganz konkret, dass auch korrupte afrikanische Politiker und Staatsbedienstete enorme Geldbeträge über Briefkastenfirmen in Steuerparadiese schleusen.

Trotz aller Lippenbekenntnisse zum Kampf gegen die Geldwäsche ist auch Deutschland nach wie vor ein bevorzugtes Ziel für die Milliarden afrikanischer Diktatoren. Aus Gewinninteresse fragen deutsche Banken lieber nicht zu genau nach der Herkunft des bei ihnen angelegten ausländischen Vermögens. Auch dass Deutschland die Gelder entmachteter Diktatoren nur zögerlich einfriert und so noch ein Weiterverschieben ermöglicht, stärkt vermutlich die Attraktivität als Anla-

gestandort.

Was werden Sie unternehmen, um zu verhindern, dass korrupte Eliten weiterhin ihr Vermögen in Deutschland anlegen?

Welche Maßnahmen planen Sie außerdem zur Eindämmung von Korruption und Steuerflucht in Afrika?

Klimawandel und Kohleausstieg

Eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist die Begrenzung des Klimawandels, dessen negative Folgen besonders die marginalisierten Menschen in den Ländern des Südens erfahren werden, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Wassermangel, Ausbreitung der Wüsten, extreme Wetterphänomene und der Anstieg des Meeresspiegels verdüstern schon heute vielen Armen die Perspektiven auf ein Leben in menschlicher Würde.

175 Staaten haben im Dezember 2015 in Paris beschlossen die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad, im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Um das zu erreichen, genügt das bisherige nationale Ziel nicht, den Treibhausgasausstoß bis 2050 gegenüber 1990 um 80 bis 95 Prozent zu verringern, wie es im Koalitionsvertrag von 2013 vereinbart wurde.

Welchen Zeitplan für einen Ausstieg Deutschlands aus der Kohleverstromung verfolgen Sie? Wie wollen Sie den notwendigen notwendigen Strukturwandel sozialverträglich gestalten? Wie beurteilen Sie Kredite der bundeseigenen Banken und Exportbürgschaften für Kohleprojekte?

Wie schnell und mit welchen Mitteln wollen Sie die Emissionen der übrigen Bereiche Wärme, Verkehr und Landwirtschaft vermindern?

Wie wollen Sie den Emissionshandel wieder funktionsfähig machen? Welche besseren Alternativen sehen Sie?

Rüstungsexporte

In den „Grundsätzen für Rüstungsexporte“ dokumentiert die Bundesrepublik, dass die Rüstungsexportpolitik „einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt“ leisten soll.

Die derzeitige Praxis ist weit von diesem Ziel entfernt ist, da unser Land auch Waffen an Staaten liefert, in denen die Regierungen gegen das eigene Volk gewaltsam vorgehen und massive Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Der Konflikt zwischen obigem Ziel und deutschen Wirtschaftsinteressen spiegelt sich im Nebeneinander von Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetz, das wirksame Transparenz und eindeutige Regelungen verhindert.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die künftige Rüstungsexportpolitik unserer Selbstverpflichtung entspricht?

In welche Länder soll künftig deutsche Rüstungstechnik exportiert oder lizenziert werden dürfen? Wer soll an den Entscheidungen im Einzelfall beteiligt werden? Wie wollen Sie Weitergabe von Rüstungsgütern durch die Abnehmerländer unterbinden?

Wie wollen Sie mit dem Export von oder Lizenzvergaben für Kleinwaffen umgehen, die bekanntlich mehr Opfer fordern als die jede andere Waffenart?

Für ewa3

Andreas Spangemacher, Aachen

Jörg Siebert, Aachen

Christian Hajduk, Lonsee